Mediendienst

Stuttgart, 30. September 2020

Freie Demokraten
Landtagsfraktion Baden-Württemberg FDP

Karrais: Grün-Schwarze Klimaplanwirtschaft dient dem Klimaschutz nicht

Gesetzesentwurf ist teure Symbolpolitik und greift in Entscheidungsfreiheit der Wirtschaft und der Kommunen ein.

Zur heutigen ersten Beratung des Gesetzesentwurfs zur Weiterentwicklung des Klimaschutzes in Baden-Württemberg, erklärt der energiepolitische Sprecher der FDP/DVP Fraktion, Da**niel Karrais:**

„Die landesgesetzlichen Klimaziele für 2020 hat Baden-Württemberg nur auf Grund der Corona-Pandemie erreicht. Allein diese Tatsache zeigt, dass es völlig unsinnig ist, in einem symbolpolitischen Landesgesetz utopische Zielvorgaben zu formulieren, zu deren Erreichung der Landesgesetzgeber nicht einmal die notwendigen Kompetenzen hat. Diese liegen für die Energiewende, sei es beim Emissionshandel, bei steuerlichen Anreizen oder bei den Rahmenbedingungen des Strommarkts, beim Bund und der EU.

Unternehmen im Land bürdet Grün-Schwarz mit der Photovoltaik-Pflicht beim Neubau von Nicht-Wohngebäuden und Parkplätzen nicht nur zusätzliche bürokratische Hürden und Kosten auf, die Landesregierung greift massiv in die unternehmerischen Freiheiten ein. Die Landesregierung weiß auf Nachfrage (Drs. 16/8685) nicht einmal, wie viele Neubauten über eine Solaranlage verfügen, hält aber trotzdem eine Pflicht für erforderlich. Alternative Maßnahmen für eine bessere Klimabilanz werden gar nicht betrachtet. Mit der Pflicht zur kommunalen Wärmeplanung und der Beteiligung der Regierungspräsidien in Bauleitplanverfahren untergräbt sie darüber hinaus die verfassungsrechtlich verankerte kommunale Selbstverwaltung.

Wir Freie Demokraten unterstützen die energiepolitischen Ziele der Pariser Klimakonferenz ausdrücklich. Klimaschutz endet aber nicht an Landesgrenzen, sondern muss global gedacht werden. Klimaschutz gelingt nur, wenn die Prinzipien der Subsidiarität, der Sozialen Marktwirtschaft und der Technologieoffenheit respektiert werden. Klimaschutz darf nicht zu einer zentralverwaltungswirtschaftlichen Klima-Planwirtschaft führen. Ernstzunehmende Politik im Dienste des Klimaschutzes sieht anders aus“.

FDP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg
Haus des Landtags, Konrad-Adenauer-Str. 3, 70173 Stuttgart
Dr. Jan-Havlik, Pressesprecher, Tel: 0711 2063 9013, Fax 0711 2063 610
jan.havlik@fdp.landtag-bw.de; www.fdp-dvp.de